



Beschluss

aus der 6.Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Montag, 27.04.2020

TOP 8.1 Fontanestadt Neuruppin

Beschluss

öffentlich

Dezernat, Amt / Aktenzeichen 1100 Haupt- und Bürgeramt /	Datum 16.04.2020	Drucksache Nr. (ggf. Nachtrag) 2020/34		
Beratungsfolge	Sitzungstermin	Ja	Nein	Enthaltung
Stadtverordnetenversammlung	27.04.2020	20	4	3

Betreff

Die Linke; Grüne/Bü 90/KBV

Initiative "Seebrücke - schafft sichere Häfen"

Hier: Erklärung der Fontanestadt Neuruppin, Aufforderung an den Bürgermeister

1. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt, wie zahlreiche andere Kommunen der Bundesrepublik, die Initiative "Seebrücke - schafft sichere Häfen", und erklärt: Die Fontanestadt Neuruppin lebt die Werte einer offenen, vielfältigen Gesellschaft, in der die Menschenrechte aller geachtet werden. Deshalb können wir zu der Situation auf dem Mittelmeer und im Süden Europas nicht schweigen, denn es ist das positive Europabild, das dort begraben wird. Die Fontanestadt Neuruppin versteht sich als Leuchtturm der europäischen Idee. Gleichzeitig erklärt Neuruppin seine Solidarität mit den Bürgermeistern von Palermo und Neapel und anderen Städten in Italien und am Mittelmeer, die dem Sterben nicht mehr zusehen wollen. Sie tut dies auch im Gedenken an Pawel Adamowicz, den ermordeten Stadtpräsidenten der Hafenstadt Danzig, der für seine Position zur Flüchtlingspolitik und seine weltoffene Haltung ermordet wurde. Die Stadtverordnetenversammlung Neuruppin verurteilt die Behinderung der Seenotrettung und das Verschließen der Häfen im Mittelmeer vor Schiffen mit Geflüchteten. Sie fordert dazu auf, das Völkerrecht einzuhalten und Geflüchteten den Zugang zum nächsten sicheren Hafen zu ermöglichen. Sie spricht den zivilen Retter*innen ihren Respekt aus und fordert ein Ende ihrer Kriminalisierung und Behinderung.

2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Bürgermeister auf, der Bundesregierung anzubieten, dass die Fontanestadt Neuruppin, über den Kreis OPR, zusätzlich Geflüchtete, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind, aufnehmen kann und will. Deshalb erklärt sich Neuruppin zum Sicheren Hafen für Geflüchtete und fordert den Kreis OPR auf sich ebenfalls zum sicheren Hafen zu erklären. Damit bekräftigt die Stadt und ihre Einwohner*innen die bisher gelebte Praxis einer Willkommens- und Integrationskultur.

3. Die Stadtverordnetenversammlung Neuruppin fordert die Bundesregierung auf, zügig eine politische Lösung bzgl. der Ausweitung der Seenotrettung im Mittelmeer und der Aufnahme von aus Seenot geretteten Flüchtlingen auf europäischer Ebene herbeizuführen. Sie appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungshilfe- und Klimaschutzpolitik sowie für eine Abrüstungs- und Entspannungspolitik.

Stadtverordnetenversammlung

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt, wie zahlreiche andere Kommunen der Bundesrepublik, die Initiative "Seebrücke - schafft sichere Häfen", und erklärt: Die Fontanestadt Neuruppin lebt die Werte einer offenen, vielfältigen Gesellschaft, in der die Menschenrechte aller geachtet werden. Deshalb können wir zu der Situation auf dem Mittelmeer und im Süden Europas nicht schweigen, denn es ist das positive Europabild, das dort begraben wird. Die Fontanestadt Neuruppin versteht sich als Leuchtturm der europäischen Idee. Gleichzeitig erklärt Neuruppin seine Solidarität mit den Bürgermeistern von Palermo und Neapel und anderen Städten in Italien und am Mittelmeer, die dem Sterben nicht mehr zusehen wollen. Sie tut dies auch im Gedenken an Pawel Adamowicz, den ermordeten Stadtpräsidenten der Hafenstadt Danzig, der für seine Position zur Flüchtlingspolitik und seine weltoffene Haltung ermordet wurde. Die Stadtverordnetenversammlung Neuruppin verurteilt die Behinderung der Seenotrettung und das Verschließen der Häfen im Mittelmeer vor Schiffen mit Geflüchteten. Sie fordert dazu auf, das Völkerrecht einzuhalten und Geflüchteten den Zugang zum nächsten sicheren Hafen zu ermöglichen. Sie spricht den zivilen Retter*innen ihren Respekt aus und fordert ein Ende ihrer Kriminalisierung und Behinderung.

2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Bürgermeister auf, der Bundesregierung anzubieten, dass die Fontanestadt Neuruppin, über den Kreis OPR, zusätzlich Geflüchtete, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind, aufnehmen kann und will. Deshalb erklärt sich Neuruppin zum sicheren Hafen für Geflüchtete und fordert den Kreis OPR auf sich ebenfalls zum sicheren Hafen zu erklären. Damit bekräftigt die Stadt und ihre Einwohner*innen die bisher gelebte Praxis einer Willkommens- und Integrationskultur.

3. Die Stadtverordnetenversammlung Neuruppin fordert die Bundesregierung auf, zügig eine politische Lösung bzgl. der Ausweitung der Seenotrettung im Mittelmeer und der Aufnahme von aus Seenot geretteten Flüchtlingen auf europäischer Ebene herbeizuführen. Sie appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungshilfe- und Klimaschutzpolitik sowie für eine Abrüstungs- und Entspannungspolitik.

Beratung/Beratungsergebnis

Gremium: Stadtverordnetenversammlung	Sitzung am: 27.04.2020	TOP 8.1
Beratung: Herr Vors. Klier ruft den Tagesordnungspunkt auf. Herr Schudlach, Vorsitzender der Fraktion Die Linke, begründet den Antrag. So beabsichtigen die antragstellenden Fraktionen zusätzlich Geflüchtete, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind, in der Fontanestadt aufzunehmen. Die Fraktion Grüne/Bü 90/KBV hat in dieser Sache auch einen Antrag für die Kreistagssitzung vorbereitet. Herr Stadtv. Schudlach macht deutlich, dass den antragstellenden Fraktionen klar ist, dass Teile des Antrags einen symbolischen Charakter haben. Sie gehen dennoch davon aus, dass es gerade in dieser jetzigen Zeit nötig ist, Zeichen zu setzen und Solidarität zu beweisen. Herr Stadtv. Ballast spricht sich im Namen seiner Fraktion unterstützend für den Antrag aus. Da keine weiteren Anfragen bestehen, bittet der Vorsitzende um Abstimmung.		
Gesetzliche Mitgliederzahl der Stadtverordnetenversammlung: 33		

Beratungsergebnis:

20 Ja-Stimme(n), 4 Gegenstimme(n), 3 Stimmenthaltung(en)

Beschlussausfertigungen an: